

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13698. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabends).

Inserate kosten die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzbeschriftung 30 Pfg. Schwieriger Sach nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 3.00 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Postgebäude. Telefon: 3721.

## Tageskalender.

Die Leipziger Straßenbahner hielten vergangene Nacht in ihrer Forderungsbewegung zwölf starkbesuchte Bahnhofsversammlungen ab.

Der Stuttgarter Bürgerausschuss lehnte einen sozialdemokratischen Antrag auf Vorlegung des Materials in der Angelegenheit der Polizeiaufsichtin Krenndt ab.

Der italienische Ministerrat bewilligte 900 000 Lire zur Unterstützung der durch die Cholera heimgeschlagenen Gebiete.

Ein Erdbeben im Wilajet Diabekir beschädigte 1500 Häuser und zerstörte weitere 100 vollständig.

Die Zahl der Opfer der nordamerikanischen Waldbrände wird jetzt auf 300 angegeben.

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß bei Durand (Vereinigte Staaten) wurden 19 Personen getötet und viele schwer verletzt.

## Die Labour Party in Nöten.

Leipzig, 26. August.

Fast jeder Tag bringt einen neuen von den englischen Gerichten gegen irgendwelche Gewerkschaft erlassenen Einhaltsbefehl, der ihr auf Grund des berühmten „Rechts“-spruchs des Obergerichtshofes der Lordskammer in Sachen Osborne kontra Eisenbahngesellschaft im Dezember vorigen Jahres verbietet, ihre Geldmittel zu parlamentarischen und überhaupt politischen Zwecken zu verwenden. Vierzig Jahre hindurch haben die englischen Trade Unions sich am parlamentarischen Kampfe betätigt, indem sie auf eigene Kosten Kandidaten aufstellten, Wahlschlachten durchfochten und ihren direkten Vertretern im Unterhaus Diäten zahlten, ohne dabei auch die blasseste Ahnung davon zu haben, daß sie damit etwas „Ungeheuliches“ begehen. Im Gegenteil, es waren vornehme bürgerliche Politiker, wie John Stuart Mill und namhafte Juristen, wie Frederic Harrison, die sie zum parlamentarischen Kampfe aufmunterten und über das Wesen der politischen Aktion als Ergänzungsmittel des gewerkschaftlichen Kampfes belehrten. Auch bei der Beratung und Ausarbeitung der Gesetzgebung von 1875/76, die die korporativen Befugnisse und Vorrechte der Trade Unions bestimmte, wurde noch von keiner Seite auch nur mit einer Silbe erwähnt, daß diese Befugnisse und Vorrechte die Verwendung der bestehenden Geldmittel zu politischen

Zwecken ausschließen. Es blieb einer Bande Dunkelmänner im Jahr 1908 — also nachdem schon zwei Arbeitervertreter Minister gewesen waren und eine ganze Gruppe von 29 unabhängigen Arbeiterparteilern erwählt worden waren — vorbehalten, die pfiffige Entdeckung zu machen, daß die Trade Unions kein Recht besitzen, sich finanziell am politischen Kampfe zu beteiligen. Da die Trade Unions — so hieß es — wie jede andre juristische Person, auf Grund gewisser, von der Gesetzgebung vorgegebener Statuten errichtet worden sind, so dürfen sie ihre Einkünfte und ihr Vermögen nur in einer Weise verwenden, die ihnen ausdrücklich gewährt worden ist. Da aber der politische Kampf gar nicht von der Gesetzgebung vorgegeben ist, so kann die Beteiligung an ihm weder in die Statuten eingetragen werden, noch irgendwelche Verwendung der vorhandenen Geldmittel für sich in Anspruch nehmen. Und das oberste Zivilgericht Englands hat diese Auslegung des Gesetzes bestätigt, nachdem Herr Osborne, der Sekretär einer Sektion der Eisenbahngewerkschaft, es unternommen hatte, gegen die von der Zentralleitung der Gewerkschaft verordnete parlamentarische Steuer an das Gericht zu appellieren.

Es erübrigt sich, darüber auch ein Wort zu verlieren, daß dieser mit einem juristischen Mäntelchen verbrämte Angriff auf das Recht der Gewerkschaften, über ihre Geldmittel frei zu verfügen, nur eine Kapitalistenmache ist, wie sie jener andere Angriff ebenfalls war, der aus dem berühmten Prozesse der Taff-Bale-Eisenbahn gegen ihre Angestellten hervorgegangen war, und der das Streikrecht der Trade Unions abzuschaffen bezweckte. So lange die Vertreter der Gewerkschaften sich den bestehenden bürgerlichen Parteien angeschlossen, ist es niemandem ein, die Gefährlichkeit der politischen Betätigung der Trade Unions in Frage zu stellen. Sobald aber eine Gruppe unabhängiger Arbeiterdeputierter im Parlament erschienen war, entdeckte man im Gesetz ein Loch und erklärte, die Gewerkschaften dürfen ihr Geld für politische Zwecke nicht verwenden. Und zurzeit gibt es kaum noch eine große Gewerkschaft, die nicht schon den Befehl erhalten hat, von der Erhebung von obligatorischen Steuern für Wahlkosten und Diäten Abstand zu nehmen. Eisenbahner, Mechaniker, Bergarbeiter, Buchdrucker, Weber, Steinhauer und viele andere haben bereits das neue Evangelium zu hören bekommen, und es wird nicht lange dauern, bis sämtliche englische Gewerkschaften demselben Schicksal unterliegen.

Die praktische Folge der neuen Situation ist die, daß die Labour Party in eine äußerst schwierige Lage geraten ist, die sie vollkommen lahmzulegen droht. Einige ihrer Abgeordneten im Parlament, die Mitglieder der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) sind, beziehen noch eine kleine Unterstützung aus ihrer Parteikasse, und andere, die Gewerkschaftsbeamten sind, beziehen ein Gehalt

als solche. Aber im großen und im ganzen hängen die Arbeitervertreter im Parlament hauptsächlich von der Gewerkschaftsteuer ab, und besonders die Wahlkosten müssen aus dieser Quelle gedeckt werden. Sollte der jetzige Zustand noch ein wenig länger dauern, dann gestalten sich die Dinge so schlimm, daß die Labour Party an den nächsten, bereits im Frühjahr bevorstehenden Wahlen sich gar nicht zu beteiligen imstande wäre, und die ganze Bewegung ein unerwartetes Ende nehmen würde.

Wo findet man eine Abhilfe? Es liegt auf der Hand, daß die Labour Party sofort auf die gesetzliche Regelung dieser Frage drängen muß, um den Gewerkschaften die ungestörte Verfügung über ihre Geldmittel zu verschaffen. Manche hatten geraten, sie möge lieber von der ganzen Sache absehen und sich mit freiwilligen Beiträgen ihrer Mitglieder, wie es ja mit allen andern bürgerlichen und proletarischen Parteien in der ganzen Welt der Fall ist, begnügen. Das klingt ganz plausibel, allein es handelt sich hier nicht nur um die Finanzmittel der Labour Party, sondern auch um die viel wichtigere Frage der Gewerkschaftsrechte, und diese Frage kann unmöglich ohne Lösung bleiben. Beschreitet man aber den gesetzgeberischen Weg, so stößt man sofort auf ungeheure Schwierigkeiten. Denn es unterliegt gar keinem Zweifel, daß selbst die liberale Partei und die liberale Regierung mit großer Genugtuung die von den Gerichten geschaffene Lage betrachten und nicht die leiseste Neigung haben, zugunsten einer unabhängigen Arbeiterpartei, wie zahlreich sie auch sein mag, den früheren Zustand wiederherzustellen. Wozu sollen sie sich immer die Mühe geben, mit den Arbeiterparteilern zu lieblichzueckeln, von ihnen manchmal, wenn auch nur mit bloßen Worten, angegriffen zu werden, und beständig befürchten zu müssen, falls sie ihr Spiel nicht geschickt genug führen, daß die Bewegung eine wirklich drohende Form annehme? Noch mit keinem einzigen Worte hat irgendein liberaler Politiker oder irgendein liberales Blatt den Gedanken ausgesprochen, das niedergeworfene Recht der Gewerkschaften müsse wieder hergestellt werden. Dafür haben bereits viele, und darunter der ehemalige Verfechter des Gewerkschaftsrechts, Frederic Harrison, der eigentliche Vater der gewerkschaftsfreundlichen Gesetzgebung von 1871 bis 1876, offen und entschieden erklärt, so ein Ding, wie Verwendung gewerkschaftlicher Geldmittel für parlamentarische Zwecke, sei unmöglich — ja, verfassungswidrig. Wie wenig die Liberalen dazu geneigt sind, der Labour Party aus ihren Nöten zu helfen, geht klar aus einem Artikel hervor, den vor einigen Tagen die Daily News, ein liberales Blatt, das sonst der Arbeiterpartei freundlich gesinnt ist, aus der Feder ihres parlamentarischen Korrespondenten veröffentlichte. Dieser Herr vermag kaum seinen Jubel über die jetzige Lage der Labour Party zu verhehlen. Er überschreibt seinen Artikel mit den fast triumphierenden Worten: „Die Geldmittel abgeschnitten“, und er erblickt die „Ironie der Lage“ darin,

## Seuilleton.

### Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Greinz.

42) Nachdruck verboten. Der Lina klopfte das Herz. Bis zum Hals hinauf spürte sie es, während sie jetzt neben ihrer Mutter durch den sternenhellen Winterabend ging.

Als die beiden Frauen droben in der Stadtgasse angelangt waren, ging die Kaffeinerin allein hinein in das Lade der Monika Gamperle. Sie mußte es zuerst ausspionieren, ob wohl niemand außer dem Loisl und der Monika im Ladele sei.

Die Lina durfte man nicht sehen drinnen beim Loisl. Wenn die Schusterin oder die Pfaffstallerin oder gar die Firtzhöld Anna dagewesen wären, da hätten sich die den wahren Sachverhalt sofort zusammengereimt und es dann in der ganzen Stadt ausgesprengt.

Daher ging die Kaffeinerin vorerst allein hinein und hieß die Lina in einiger Entfernung, an einer Ecke der Lauben, wo es schön dämmerig war, warten.

Im Laden der Monika Gamperle, verehelichten Sagstetter befand sich niemand, außer der Monika selber. Die stand breitfüßig hinter ihrer Ladenbühel und sah mit einem finsternen Gesicht auf die Frau Kaffeiner.

Die Kaffeinerin fragte mit fast devoter Stimme nach dem Herrn Sagstetter. Ob denn der heut' nicht im Geschäft sei.

„Haben's z'reben mit ihm?“ fragte die Monika barsch.

„Ja. I hätt' ihn nur was fragen woll'n, Frau Sagstetter. Aber es preßiert nit. I kann schon a andersmal aa kommen!“ meinte die Kaffeinerin mit süßer Freundlichkeit.

Die Monika fixierte sie einen Augenblick scharf und durchdringend. Dann stemmte sie beide Arme in die Hüften und fuhr die Kaffeinerin grob an. „Sie müssen epper nit glaben, daß i nit spann! I bin nit a so dumm!“ Die Monika beugte sich jetzt weit über die Ladenbühel, so daß sie mit dem Kopf fast an die Kaffeinerin anstieß. Dann schrie sie, wie immer, wenn sie in Wut geriet, mit lauter, derber Stimme: „Aber i sag's Ihnen, Sie sein a gemein's Mensch! An Mann wie den Senn Franzl droben, den betrügt man nit! Hab'n's mit verstanden! Und tag giah'n's aufi zum Loisl! Der paßt schon auf Ihnen und Ichnere Frau Tochter. Und zu mir brauchen's nimmer einer z'giahn, was z'rafen! I gib Ihnen nit mehr! Haben's mit verstanden!“

Die Monika war in ihrer Aufregung hinter der Ladenbühel hervorgekommen und näherte sich nun breitfüßig in drohender Haltung der Kaffeinerin. Zu jeder andern Zeit hätte sich Frau Katharina Kaffeiner das Benehmen der Gamperle nicht so ruhig gefallen lassen. Sie hätte ihr scharf erwidert und wäre auch vor Handgreiflichkeiten nicht zurückgeschreckt. Jetzt aber dachte sie in erster Linie an ihre Tochter, die draußen an der Ecke wartete und von niemandem gesehen werden durfte.

Sie begnügte sich daher mit ihrer schrillen keifenden Stimme die Monika anzuschreien: „Sie sein iah nimmer der Herr da! Iah haben's an Mann. Und wann sie nit glei anständig sein mit mir; nachher sag' i's eahn. Nachher können's wieder Ichnere Tracht Prügel derles'n auf d'Nacht!“

Es war schon lange kein Geheimnis mehr in Brigen, daß der Loisl seine Frau prügelte. Die Monika war Jahre hindurch ihre eigene Herrin gewesen und konnte sich dem Willen eines andern nicht beugen. Es gab daher zwischen ihr und dem Loisl einen erbitterten Kampf um die Herrschaft, die nur zu oft in Tüftlichkeiten ausartete. Der Loisl erzwang sich die Herrschaft durch Brutalität. Er war der Stärkere von beiden. Daher blieb er Sieger in dem Kampf.

Frau Lina Senn und ihre Mutter schlichen sich leise durch den dunkeln Hausgang über die enge Stiege, die zu der kleinen Wohnung der Eheleute Sagstetter hinaufführte.

Droben fanden sie den Loisl in Gesellschaft der beiden Brüder Kaffeiner in aller Eintracht um den Tisch sitzen und Karten spielen. Dider Rauch hüllte die drei Männer ein. Die Lina bekam gleich einen Hustenanfall, so kratzte sie der Geruch des ordinären Tabaks in der Kehle.

Der Peter und der Toni nahmen gar keine Notiz von Mutter und Schwester, sondern tammelten sich, die Beine weit vorgestreckt, auf ihren Sesseln zurecht und pafften eifrig aus ihren stinkenden Pfeifen. Sie wußten, daß sie damit ihre Schwester ärgern konnten. Lina haßte den Qualm schlechten Tabaks. Sie ärgerten ihre Schwester gern; denn sie mochten sie ebensowenig leiden wie der Anderle, der jüngste der Gebrüder Kaffeiner.

Der Sagstetter Loisl erhob sich artig und ging den beiden Frauen entgegen. Er wußte, was sich gehörte, und prohte gern mit seinen guten Manieren.

Dem Sagstetter Loisl schien das Lehen gut anzuschlagen. Er war nun fast corpulent geworden. Sein früher hübsches und jugendfrisches Gesicht hatte jetzt etwas Aufgedunsenes und Schwammiges und in seinem ganzen Ausdruck etwas Bulgäres und Gemeines, das geradezu widerlich wirkte.

Dafür trug sich der Loisl nobel. Eine dicke, goldene Uhrkette hing ihm prächtig über die Weste. Der Loisl spielte, während er sprach, gern mit dieser Kette. Er ließ die dicken Glieder derselben liebevoll durch seine fleischigen Finger gleiten. Er war stolz auf dieses Prunkstück. Das hatte er sich selbst erworben. Und die Kette machte Eindruck auf seine Kunden. Sie bezeugte, wie wohlhabend der Loisl schon geworden war.

Kein Wunder. Das Privatgeschäft des Loisl florierte. Es ging noch viel besser als drunten das Ladele seiner Frau.